

BERND RIEXINGER

Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nach dem vereinigungsbedingtem Zustrom neuer Mitglieder in den letzten acht Jahren über drei Millionen Mitglieder verloren. Der Trend nach unten ist ungebrochen. Im Osten verläuft er dramatisch; aber auch im Westen verlieren alle Gewerkschaften kontinuierlich Mitglieder. Nur noch jeder vierte Lohnabhängige ist Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Mitglieder, die in Betrieben arbeiten, ab, während die Zahl der arbeitslosen Mitglieder und jener, die Rente empfangen, stetig steigt. Bei den Angestellten und im schnell wachsenden Dienstleistungsbereich liegt der Organisationsgrad unter 20 Prozent. Die Gewerkschaften verlieren an Bedeutung.

Die Ursache für diese Entwicklung wird in den Gewerkschaften unterschiedlich beurteilt. Für die Mehrheit hat sich das deutsche »Modell« der Sozialpartnerschaft durchaus bewährt. Dieses Modell muß jedoch modernisiert und den neuen Verhältnissen angepaßt werden. In unterschiedlichen Abstufungen wird dabei einer flexibleren Tarifpolitik (Branchenfenster), einer aktiveren Gestaltung der Arbeitsbedingungen, einer stärkeren standort- und betriebsbezogenen Mitbestimmung und einer fach- bzw. branchenbezogenen Gewerkschaftsarbeit das Wort geredet. Die Massenarbeitslosigkeit soll in einem Bündnis mit dem Kapital und dem Staat reduziert werden (Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit). Um diese Modernisierung vollziehen zu können, ist eine Neuordnung der Gewerkschaften und des DGB erforderlich. Die geplante Gründung der neuen Dienstleistungsgewerkschaft, Ver.di, und der gegründete Dienstleistungsverbund der Industriegewerkschaften sind Ausdruck dieses Verständnisses.

Die Minderheitsmeinung, in erster Linie getragen von Teilen der Linken, vertritt die Position, daß die Krise der Gewerkschaften in erster Linie eine geistig-politische ist und ihre Hauptursache im Formationswandel des Kapitalismus hat.

Krise der Sozialpartnerschaft

Die Krise der Gewerkschaften ist letztlich eine Krise der Sozialpartnerschaft oder gar eine Krise des Sozialreformismus. Die auf das fordistische Akkumulationsmodell gestützte sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften kam mit diesem in die Krise und zwar in mehrerer Hinsicht:

Erstens: Die Herausbildung eines neuen Akkumulationsmodells (flexible Fertigung, Toyotismus) veränderte sowohl die Arbeits-

Bernd Riexinger – Jg, 1955,
Bankkaufmann, Geschäftsführer der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im Bezirk Stuttgart.
Regelmäßige Veröffentlichungen in »Sozialismus«, Mitglied im Beirat des Forums Gewerkschaften.

und Sozialbeziehungen als auch die Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch sinkende industrielle Beschäftigung, wachsende Beschäftigung im Dienstleistungssektor, vor allem jedoch durch zunehmende Spaltungen und soziale Differenzierungen, die die Basis der bisherigen Gewerkschaftspolitik aushöhlte.

Zweitens: In noch weit stärkerem Maße brachte jedoch die Aufkündigung der sogenannten sozialdemokratischen Nachkriegsära durch das Kapital und die Durchsetzung einer neoliberal/konservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Gewerkschaften – nicht nur in Deutschland – in die Defensive, aus der sie bis heute nicht herausgekommen sind.

Drittens: Inzwischen hat die neue rot/grüne Regierung mit dem Blair/Schröder-Papier auch theoretisch Abschied von einer keynesianisch geprägten Nachfragepolitik genommen. Mit dem Sparpaket von Eichel wird die Tradition der Sparpakete der konservativ/liberalen Regierung fortgesetzt. Im Unterschied zu dem politischen Modell der konservativen Regierung ist die neue Politik mit einer Vielzahl von Moderations- und Integrationsangeboten verbunden, deren Kern das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit werden soll. Diese wettbewerbskorporatistische Dauerveranstaltung kann durchaus die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Regierungskoalition gefährden und die politische Krise der Gewerkschaften verstärken, wenn die Gewerkschaften auf einen eigenständigen kritischen politischen Standpunkt und auf außerparlamentarische Mobilisierung verzichten.

Viertens: Verstärkt wird dies durch die wachsende Globalisierung der Wirtschaft, die in den durch die neoliberale Politik vorgegebenen Spuren verläuft und deren Ergebnisse verstärkt. Zum einen ist Globalisierung heute als Fortsetzung der Standortdebatte ein ideologischer Kampfbegriff, der dazu benutzt wird, die Beschäftigten und ihre Organisationen weiter in die Defensive zu bringen, wenn es um die Senkung der Kosten der Ware Arbeitskraft geht, zum anderen sichert die zunehmende internationale Kapitalverflechtung, die wachsende Konzentration und größere Standortunabhängigkeit der Systemführer (Multis) eine strukturelle Übermacht über die nach wie vor national organisierten Arbeiter und Angestellten. Wie stark inzwischen die neoliberale Hegemonie ist, zeigen die Vorgänge um den Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzender.

Die Gewerkschaften wurden gleich von mehreren Seiten in die Zange genommen. Ihre Machtbasis wurde durch die sinkende Industriearbeiterschaft geringer. Die Kapitalseite blies zum Angriff auf lang erkämpfte Errungenschaften, was bedeutet: Deregulierung der Märkte, die Umgestaltung des öffentlichen Sektors, vor allem den Abbau des Sozialstaates und die Zerstörung seiner Institutionen, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, niedrigere Besteuerung der Unternehmen und Aufbau einer Kultur privater Vorsorge und persönlicher Risiken durch Zerstörung solidarischer Werte und Moralvorstellungen. Gleichzeitig wird die gewerkschaftliche Solidarität durch den Versuch, die Menschen auf marktgerechtes Verhalten zu trimmen, ausgehöhlt. Auch die Beschäftigten sollen in ihrem Bewußtsein Unternehmersubjekte werden.

»Gewerkschaften vertreten die Interessen der Menschen, die im Arbeitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind. ...

Sie wurden gebildet, um durch Zusammenhalt wirksame Gegenmacht gegen Arbeitgeber- und Kapitalmacht zu schaffen und um Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.«
Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem a. o. Bundeskongreß vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden.

»Wir engagieren uns für eine weitere Demokratisierung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, für Menschen- und Bürgerrechte und Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, selbstbestimmt arbeiten und leben zu können.«
Ebenda.

»Die Gewerkschaften ... sind auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die entscheidende Grundlage, den Frieden in Europa wie weltweit zu sichern und soziale Interessengegensätze und Konflikte ausgleichen zu können.«
Ebenda.

»Anpassen oder untergehen«

Obwohl es immer wieder Versuche gab, sich diesen Tendenzen durch Tarifikämpfe entgegenzustemmen, wobei in aller Regel die vorhandenen Mobilisierungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden, ist die Entwicklung der Gewerkschaften eher durch Anpassung an die vorherrschende Politik gekennzeichnet als durch die Entfaltung und Verbreiterung des Widerstandes. »Anpassen oder untergehen« lautete im übrigen ein Artikel des DGB-Vorsitzenden Schulte zur Reform der Gewerkschaften.

Dieser Anpassungsprozeß drückt sich u.a. in zahllosen Versuchen aus, ein neues Konsensmodell zu schaffen. Der aktuellste ist das Bündnis für Arbeit. Alle diese Konsensmodelle laufen Gefahr, durch Angebote an Regierung und Unternehmer weiteren ideologischen Flankenschutz für den Abbau erreichter Standards auf nahezu allen Handlungsfeldern gewerkschaftlicher Politik in Betrieb, Branche oder der Gesellschaft zu geben und so die Krise der Gewerkschaften weiter zu verschärfen.

Für einen grundlegenden Perspektivenwechsel

Wenn die Gewerkschaften aus ihrer Krise herauskommen wollen, müssen sie einen grundlegenden politischen Perspektivenwechsel vornehmen, der mit dem radikalen Bruch mit der neoliberalen Politik und ihren Prämissen beginnen muß.

Dabei gilt es nicht nur, die faktisch falschen Behauptungen, wie z. B. unbewiesene Standortnachteile, zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, usw. zurückzuweisen, sondern insbesondere die dahinter liegenden Annahmen und Theorien glaubhaft zu widerlegen. Dazu gehören in erster Linie: *Erstens*: Märkte neigen zum Gleichgewicht und der Eingriff des Staates in die Wirtschaft verursacht die Krisen. *Zweitens*: Wachstum schafft Arbeitsplätze – richtig ist vielmehr, daß wir ein Phase der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erreicht haben. *Drittens*: Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und Arbeitslosigkeit – richtig ist vielmehr, daß es an Massenkaukraft mangelt. *Viertens*: Die Sozialkosten laufen davon und wir können uns den Sozialstaat ohne Einschnitte nicht mehr leisten. *Fünftens*: Die Globalisierung ist ein Naturgesetz, dem die Menschen und Regierungen hilflos gegenüberstehen und sich nur noch anpassen können. *Sechstens*: Ökologische Politik schadet nur der wirtschaftlichen Entwicklung und vernichtet Arbeitsplätze. *Siebtens*: Unternehmerisches Handeln und Investitionen schaffen per se Arbeitsplätze. *Achtens*: Es gibt keine Alternativen zum System kapitalistischer Marktwirtschaften.

Europäisch/internationales Politikverständnis entwickeln

Ein grundlegender Perspektivenwechsel muß weiterhin ein europäisch/internationales Politikverständnis entwickeln, das sich außerhalb der nationalstaatlichen Standortlogik bewegt. Nationale Konzessionspolitik, um Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf zu ermöglichen, behindert die internationale Vernetzung. Unter den veränderten Bedingungen sich internationalisierender Märkte und Produktionsstrukturen erfordert eine nachhaltige

»Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind.«
Ebenda.

Bewahrung bzw. Verbesserung von Kampfkraft eine grenzüberschreitende Koordination gewerkschaftlicher Politik auf Konzern-ebene, entlang logistischer Produktionsketten und auch auf der Ebene der Tarifpolitik. Nur so kann die gewerkschaftliche Grundfunktion, die Verminderung der Konkurrenz unter den Anbietern der Ware Arbeitskraft, erfolgversprechend wahrgenommen werden und eine Angleichung der Standards als Entwicklung nach oben statt nach unten eingeleitet werden.

Weitere Elemente eines Perspektivenwechsels:

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Interessenvertretung schwindender Kernbelegschaften reduzieren, sondern müssen einerseits die zunehmenden Spaltungsprozesse, Prekärisierung und Verarmung der Arbeiterklasse bekämpfen, andererseits die Arbeitslosen und prekärisierten Menschen vertreten, ebenso die Rentner sowie für deren materielle Interessen und soziale Integration eintreten.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß im Zentrum der aktuellen Gewerkschaftspolitik stehen. Aus ökonomischen und ökologischen Gründen ist Vollbeschäftigung über Wirtschaftswachstum nicht mehr möglich. Deshalb ist ein wichtiges Element gegen die Massenarbeitslosigkeit die Umverteilung von Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Ohne staatliche Arbeitsmarktpolitik und die Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung wird es keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit geben. Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit muß auf die politisch/gesellschaftliche Ebene ausgedehnt werden.

Die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums darf nicht länger tabuisiert werden. Die Frage einer gerechteren Reichtumsverteilung stellt sich dabei auf jeder Ebene, der nationalen, wie auch der internationalen, der tariflichen, wie der politischen.

Eine Fortsetzung des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells ist ökologisch gefährlich. Eine Ökonomie, die beständig die ökologischen Lebensgrundlagen zerstört, ist nicht tragbar. Ökologische und soziale Ziele sollen deshalb miteinander verbunden werden.

Die zunehmende Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben bzw. deren Prekärisierung durch deregulierte Arbeit, als klassische Form des »Abbaus« der Massenarbeitslosigkeit, droht die Erfolge der Frauenbewegung zunichte zu machen. Dies zu bekämpfen und für emanzipatorische Lösungen einzutreten, gehört ebenfalls zum unerläßlichen Bestandteil einer fortschrittlichen Gewerkschaftspolitik.

Die Tendenz zu autoritären Strukturen in Betrieben und der Gesellschaft muß von den Gewerkschaften bekämpft und mit den Forderungen nach mehr Demokratie, Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Demokratie verbunden werden. Dabei soll immer wieder verdeutlicht werden, daß Demokratie und soziale Gerechtigkeit nicht voneinander getrennt werden können.

Die Gewerkschaften müssen nach innen demokratisiert werden. Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz, Konflikte auf Spitzengesprächsebene zu »lösen«, gefaßte Beschlüsse leichtfertig der

»Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung nehmen zu. Der Konsens, der unsere Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt hat und der in unserer Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommt, droht zu zerfallen. Wenn Teile der Politik und der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände dem Sozialstaat, Arbeitnehmerrechten und dem Flächentarifvertrag grundsätzlich den Kampf ansagen, ist es eine prinzipielle und aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften, einer Systemwende nach rechts, gegen den Marsch in einen ungezügelt Kapitalismus, Widerstand zu leisten.«
Ebenda.

»Soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung ergibt sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes ... Marktradikalismus und Deregulierung tragen zur Entfesselung gerade der zerstörenden Kräfte bei ... Soziale Gegenmacht und gesellschaftliche Gestaltung bleiben unverzichtbar.«
Ebenda.

»Veränderte Lebenserfahrungen und Wertorientierungen führen oftmals zu mehr Selbstbezogenheit, Vereinzelung und sozialer Kälte. Aber auch Wünsche der Menschen nach Selbstentfaltung und Eigeninitiative, nach selbstbestimmter Arbeit, Beteiligung und Mitbestimmung werden gestärkt. Es entstehen neue Erfahrungen und Voraussetzungen dafür, daß Mitbestimmung und Demokratisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft zu einer die Menschen bewegenden Idee werden können.«
Ebenda.

Tagespolitik zu opfern, keine Forderungsdiskussionen an der Basis zu führen, sondern diese über die Medien zu propagieren, baut innergewerkschaftliche Demokratie ab und fördert die Lethargie der Mitglieder. Demgegenüber soll die Mitgliederbeteiligung durch Formen direkter Demokratie ausgebaut werden.

Das Nachtrauern nach dem verlorengegangenen »Rheinischen Modell« des Kapitalismus lähmt die Diskussion über grundlegende Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine Öffnung der innergewerkschaftlichen Diskussion über neue Eigentumsformen, gesellschaftliche Regulierung, demokratische Kontrolle der Ökonomie, ein neues Verhältnis von Markt und Plan, kurz über neue fortschrittliche Formen der Vergesellschaftung auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte könnte diese Lähmung beseitigen.

Und letztens werden die Gewerkschaften neue Arbeitskampfformen und Strategien entwickeln müssen, wenn sie nicht ohnmächtig der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuschauen wollen. Dazu gehört die Enttabuisierung des politischen Streiks wie auch der Aufbau sozialer Netzwerke für Kampagnen verschiedener Art, die auch Formen wie Boykott, Störung der Betriebsabläufe, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden usw. nicht ausschließen. Diese häufig praktizierten, jedoch selten verallgemeinerten Arbeitskampfformen können in Verbindung mit dem politischen Perspektivenwechsel das emanzipatorische Potential bei den Gewerkschaftsmitgliedern verstärken.

Einen Perspektivenwechsel der gewerkschaftlichen Politik wird es ohne starke Einmischung der Gewerkschafts-Linken und deren Vernetzung sowie Verständigung nicht geben können. Die linken und marxistischen Intellektuellen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich an der Erarbeitung einer inhaltlichen Plattform der Gewerkschafts-Linken beteiligen.